



# VORWÄRTS



## sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983 Nr. 197

April 2011

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

### Österreich



#### Widerstand gegen grün-weißes Sparpaket

Am 17. April 2011 möchte die steirische SPÖ/ÖVP-Regierung ihr bis dato härtestes und skrupellosestes Sparpaket beschließen. Und wie gewohnt laufen die Angriffe gegen jene, die sich am wenigsten wehren können. Doch am 25. März fand in Graz eine Großdemonstration gegen die Pläne statt. Mehr ist nötig. SEITE 2

### Betrieb und Gewerkschaft



#### Die "Ostöffnung" des Arbeitsmarkts

Am 1. Mai fällt die Übergangsfrist zur Öffnung des Arbeitsmarktes. Das neue Gesetz löst keine Probleme. Mit Standortlogik kann eine Gewerkschaft in einer globalen Wirtschaft nur verlieren. SEITE 3

### Schwerpunkt



#### Atomindustrie nach dem Super-GAU

Egal, wie viele Menschen dabei sterben könnten oder für wie viele Jahrtausende die Umwelt verseucht wird, die einzige Erwägung die für die Atommafia wirklich zählt, ist der Profit. SEITEN 4/5

### Internationales



#### Aufstand in Wisconsin

Über die USA rollt eine Welle von Angriffen gegen die Gewerkschaftsbewegung. Grundrechte sind unter Beschuss. Um die Budgetlöcher zu stopfen, sollen jetzt ArbeiterInnen zahlreiche Kürzungen in Kauf nehmen. Doch der Widerstand hat sich formiert. SEITE 7

# Krise, Krieg, Korruption



Zu jung, zu schön, zu kriminell?

# Katastrophe Kapitalismus

Von Jan Rybak, SLP-Salzburg

**J**apan: Für die Profite von Energiekonzernen werden Leben und Gesundheit von Millionen Menschen riskiert. Libyen: die Herrschenden Europas wollen ihren jahrelangen Kumpanen Gaddafi loswerden und werfen Bomben auf ZivilistInnen. Österreich: Milliardenbesuche an Banken, deren Kosten jetzt von der Masse der Bevölkerung bezahlt werden sollen.

Die Politik der Herrschenden in Asien, Afrika, Europa... hat der Mehrheit der Menschen nichts zu bieten als Armut, Arbeitslosigkeit, Krieg und Umweltzerstörung. Das liegt aber nicht an der „Dummheit“ einzelner PolitikerInnen, sondern daran, dass sie grundsätzlich andere Interessen vertreten als die Mehrheit der Menschen.

#### „Natürlich bin ich ein Lobbyist“

...meinte der ÖVP-Europaparlamentsabgeordnete Ernst Strasser zu verdeckten JournalistInnen. Er erklärte, von Firmen 100.000 Euro pro Jahr anzunehmen und dafür deren Anliegen im Parlament durchzusetzen. Der Skandal um Strasser, die Grassers-Meisberger Millionen, Atom-Schüssel, ... die Skandal-Liste lässt sich beliebig verlängern. Diese Fälle sind nicht nur Ausdruck dafür, dass die PolitikerInnen der etablierten Parteien Österreich für einen Selbstbedienungsladen halten, sondern auch dafür, für wen hier eigentlich Politik gemacht wird.

Auch wenn ÖVP und Konsorten Strasser als skandalösen Einzelfall darstellen wollen. Dem ist mitnichten so. Die gesamte Politik der etablierten Parteien ist eine Politik im Interesse von Banken und Konzernen. Auch Ex-Kanzler Schüssel lässt sich als Aufsichtsrat des deutschen Atomkonzerns RWE sein Einkommen um stolze 117.000 Euro pro Jahr anreichern. Schüssel ist in „guter“ Gesellschaft. Nationalratsabgeordnete verschiedenster Fraktionen sitzen in Aufsichtsräten von Konzernen. Dementsprechend setzen sie auch die Interessen ihrer AuftraggeberInnen im Parlament um. Formal gesehen ist das legal, doch es zeigt, dass die ParlamentarierInnen nicht die Interessen der Bevölkerung vertreten.

#### Wer zahlt, schafft an

Die Sparpakete auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene enthalten brutale Einschnitte im Sozialbereich und im Lebensstandard von unzähligen Menschen. Kürzungen bei der Familienbeihilfe, bei Menschen mit Behinderung, im Bildungsbereich sind für die etablierten Parteien adäquate Maßnahmen um die Staatsverschuldung zu beheben. Banken, Konzerne und Superreiche werden nicht belastet. Das Abladen der Kosten der Wirtschaftskrise auf die Mehrheit der Bevölkerung ist Programm und entspricht offensichtlich auch der persönlichen Überzeugung ihrer ProponentInnen.

Die Bankenrettungspakete (85 Mrd. zur Sicherung, 15 Mrd. zur direkten

Auszahlung) waren die Grundlage dafür, dass – aus Sicht der Regierung – jetzt Geld über Sozialkürzungen hereingeholt werden muss. Diese größte Umverteilungsmaßnahme von Unten nach Oben in der Geschichte der Zweiten Republik wurde von allen Fraktionen im Nationalrat gemeinsam beschlossen. Die etablierten Parteien mögen sich in Akzentuierungen (etwa in der Schärfe ihres Rassismus) unterscheiden. Wenn es darum geht Reichtum und Macht von Banken und Konzernen zu sichern beweisen sie regelmäßig dass sie nichts anderes als ein und derselbe neoliberale Einheitsbrei sind.

Die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei. Die grundsätzlichen Widersprüche des Kapitalismus, die zum Einbruch seit 2008 geführt haben sind nicht überwunden. Im Gegenteil. Im 4. Quartal 2010 belief sich das Wachstum in Österreich auf magere 0,6%, was eigentlich schon einer Stagnation entspricht. In einzelnen Branchen, wie etwa in Baugewerbe und Tourismus gab es sogar einen Rückgang. Eine „Rückkehr“ der Krise würde die Bevölkerung mit noch größerer Härte treffen als die Einbrüche der letzten Jahre. Der Regierung bliebe auf Grund ihrer Überschuldung noch weniger Spielraum um einzugreifen. Was genau der Auslöser für einen erneuten wirtschaftlichen Einbruch sein wird ist noch offen. Klar ist, dass die etablierten Parteien auch diesmal bereit stehen werden um die Kosten auf ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, PensionistInnen, etc. abzuladen.

#### Neue sozialistische Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche ist nötig

Es geht auch anders. In Irland sind vor dem Hintergrund von Massenbewegungen gegen die Kürzungspakete der Regierung fünf Abgeordnete der ULA (Vereinte Linke Allianz), unter ihnen zwei Mitglieder der Socialist Party, der irischen Schwesterpartei der SLP ins Parlament gewählt worden. Diese Abgeordneten haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie keine Bestechungen von Banken und Konzernen annehmen. Von ihrem Abgeordnetenbezügen behalten sie nicht mehr als einen Durchschnittslohn. Sie sind führend am Aufbau von Bewegungen, an der Organisation von Streiks und Demonstrationen gegen die Politik der Herrschenden beteiligt. Das Parlament dient ihnen als Plattform um die Verlogenheit und Korruption der etablierten Parteien anzuprangern und um Bewegungen zu unterstützen. Politische Kämpfe aber werden v.a. auf der Straße und in den Betrieben organisiert. Klingt gut? Stimmt! Und es ist Zeit, dass es auch in Österreich eine echte linke Alternative gibt. JedeR, der/die es satt hat von den Herrschenden ausgenommen und belogen zu werden soll gemeinsam mit der SLP aktiv werden um so eine echte Alternative aufzubauen. Es ist notwendig mit der Politik im Interesse des Kapitals zu brechen und für eine gerechte, sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.



## Der Standpunkt

Von Sonja Grusch,  
SLP-Bundessprecherin

### Ein Pakt mit dem Teufel

In Sagen und Märchen werden viele Pakte mit dem Teufel geschlossen. Ziel ist stets der persönliche Vorteil – Schönheit, Unsterblichkeit und v.a. Reichtum. In der realen Welt geht es nicht anders zu. Regierungen und Unternehmen schließen Pakte (= Verträge) mit anderen Herrschern ab, um sich wirtschaftliche und militärische Vorteile zu sichern. Für Handelswege und den Zugang zu billigen Rohstoffen – insbesondere Öl – ist ihnen jedes Mittel recht. Der Platz reicht hier nicht aus, um die Liste an Diktatoren abzuzeichnen, die von den westlichen „Demokratien“ gestützt wurden. Brutale Militärdiktaturen in Lateinamerika und Asien. Korrupte Mörder in Afrika. Faschisten und Militärs in Europa.

### Dem Westen geht es nicht um Demokratie!

Die Militärintervention des Westens in Libyen hat mit der Verteidigung von Demokratie NICHTS zu tun. Vielmehr stecken dahinter strategische Überlegungen. Der Westen hielt sich bei den revolutionären Ereignissen in der arabischen Welt jeweils solange zurück, bis die Situation für eine Seite entschieden schien. Frankreich bot dem tunesischen Diktator sogar Unterstützung an. In Ägypten wurden nur die neuen Machthaber, nicht aber die Menschen auf der Straße unterstützt. Im Jemen, Bahrain, Saudi Arabien, Syrien und anderen Staaten, wo Menschen sich wehren, sieht der Westen weg. Oder ist dabei. Der kasachische Diktator wird u.a. vom österreichischen Ex-Bundeskanzler Gusenbauer beraten.

Eine Intervention des Westens hat zwei Ziele. Erstens soll das eigene Image aufpoliert werden. Das ist grad bei Demokratieabbau und Ausbau der Überwachung in den eigenen Staaten erwünscht. Da präsentieren sich dann auch Diktatoren-Freunde als große Demokraten. Zweitens sind sie Investitionen. Vor dem Hintergrund einer instabilen Weltwirtschaft brauchen sie einen verlässlichen und günstigen Öl-Fluss. Es geht weniger darum, wer in Libyen regiert, als darum, dass es eine stabile Herrschaft gibt. Es ist dem Westen egal, ob es eine Diktatur, eine Demokratie nach westlichem Vorbild, oder irgendwas dazwischen ist. Echte Demokratie aber will der Westen nicht. Deshalb wurden z.B. in Ägypten die Militärs unterstützt, bevor die streikenden ArbeiterInnen mehr Einfluss bekamen. Schritte in Richtung echter Demokratie in Gesellschaft UND Wirtschaft, die scheut der Westen wie der Teufel das Weihwasser.

### Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733



Von Moritz Erkl, SLP-Graz

Einmal mehr wird klar, dass trotz der Beteuerungen von Medien und Regierung die Wirtschaftskrise ihren Schatten wirft. Am 17. April 2011 möchte die steirische SPÖ/ÖVP-Regierung ihr bis dato härtestes und skrupelloses Sparpaket beschließen. Im seit dem 10. März häppchenweise präsentierten „Doppel-Budget“ sollen 2011 15 %, 2012 weitere 10 % eingespart werden. Bei einem Gesamtbudget von fünf Milliarden Euro bedeutet das Einsparen von rund 25% die Kürzung von weit über einer Milliarde.

Die beiden Landeshauptleute Voves (SPÖ) und Schützenhöfer (ÖVP) geben sich als „Reformpartner“ optimistisch ein „ausgewogenes, zumutbares und sozial verträgliches Landesbudget“ abgeliefert zu haben. Zynisch. Denn wie gewohnt laufen die Angriffe gegen jene, die sich am wenigsten wehren können.

### Prügel für die Armen

Gestrichen wird z.B. der erst vor zwei Jahren eingeführte Gratiskindergarten. Studierende sind betroffen durch die Kürzung der Wohnbeihilfe. Nachdem erst vor einem halben Jahr die Familienbeihilfe gekürzt wurde, ist dies nun ein weiterer Schlag. Des weiteren soll es

bedrohliche Kürzungen bei verschiedensten Sozial- und Kulturinitiativen geben, welche auf Subventionierungen angewiesen sind. Geplant ist auch die Wiedereinführung der Rückzahlungspflicht (Regress) für Angehörige bei Pflegekosten und für Angehörige von EmpfängerInnen der Mindestsicherung. Gekürzt wird weiters bei den Mitteln für Menschen mit Behinderung.

Statt die Armut zu bekämpfen, wurde erst vor Kurzem in der Steiermark das Bettelverbot beschlossen. Die Schere Arm/Reich klafft immer weiter auseinander. Doch die etablierten Parteien haben kein Interesse auf ihre Privilegien und Prestigeprojekte zu verzichten, sondern sie wollen diese vielmehr um jeden Preis zu behalten.

### Demo ist gut – Streik ist notwendig

Doch Widerstand formiert sich bereits. Am 17. März kam es zu einer Protestaktion von 500 ÖGBlerInnen. Das sich der ÖGB beteiligt ist wichtig und zeigt wie stark der Druck von unten ist. Aber dieser Schritt alleine ist nicht genug. Am 25. März kam es zu einer eindrucksvollen Demonstration der neu gegründeten Plattform 25, welche sich aus über 500 Organisationen zusammensetzt. Viele GewerkschafterInnen haben dazu aufgerufen. Der ÖGB-Steiermark aber nicht - aus Berüh-

rungsängsten mit der KPÖ!

Doch anstatt unter dem Motto „Es reicht! Für alle – Fair teilen statt kürzen!“ zu demonstrieren benötigt es weiteren, massiven Widerstand! Fair teilen bedeutet auch, dass die ArbeiterInnen für die Krise zahlen sollen. Doch wir haben sie nicht verursacht! Die Reichen in Österreich sind so wohlhabend wie nie zuvor, genug Geld wäre also da!

Mit der KPÖ im steirischen Landtag gibt es eine spezielle Situation. Zwar sprachen sich KPÖ und Grüne gegen das geplante Sparpaket aus, doch viel mehr ist bisher nicht gefolgt. Die KPÖ tritt v.a. auf kommunaler Ebene für Verbesserungen ein – doch fehlt es an der Strategie Kämpfe zu organisieren, diese Forderungen auch umzusetzen. Wie die SPÖ in den 1970er Jahren hofft sie auf viele WählerInnenstimmen, um dann in den Gremien Anträge für Verbesserungen zu stellen. Doch das reicht nicht! Und die Grünen? Was werden sie tun, um die Umsetzung der Kürzungen in Graz, wo sie in der Landesregierung sind, zu verhindern?

Die Demonstration vom 25. März (auf welcher die SLP mit einem kämpferischen, erfolgreichen Block vertreten war) war, ist ein erster, wichtiger Schritt. Nun müssen weitere folgen. Wir brauchen bereichsübergreifenden Schulterschlüssen der verschiedenen Organisationen, Initiativen und Betrof-

fenen. Betriebs- und Dienststellenversammlungen und Basisstrukturen sind der Ansatz für größere Aktionen. Neben Protesten und Streiks in Schulen, Betrieben, Universitäten sowie Protesten von betroffenen Organisationen und Initiativen wäre ein landesweiter Streiktag noch VOR dem 17. April ein nächster wichtiger Schritt. Das kann funktionieren, wenn es demokratische und kämpferische Strukturen gibt – z.B. mit gewählten und jederzeit wähl- und abwählbaren Komitees wo die nächsten Schritte diskutiert und geplant werden. Internationale Beispiele wie die Proteste gegen die Poll Tax (eine unzumutbare Massensteuer in GB in den 90ern) zeigen, dass sozialistische Politik möglich ist. V.a. der sozialistische Stadtrat in Liverpool in den 80er Jahren, unter der Führung der britischen Schwesterpartei der SLP ist ein Beispiel. Anstatt zu kürzen, wurden Kindergärten, Schulen und Wohnungen gebaut und es gab eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst bei vollem Lohn! Daran sollten sich KPÖ, Grüne, SJ und GewerkschafterInnen die in Landtag bzw. Gemeinderäten sitzen ein Beispiel nehmen, wenn sie es ernst meinen! Nicht den Kürzungen und ihrer Umsetzung zustimmen, sondern Widerstand dagegen organisieren.

# Uns reicht's!

Saure Äpfel gibt's auch in der Steiermark nur nach der Wahl:  
SPÖ & ÖVP  
schnürten in trauter Einigkeit ein Sparpaket!

## Kürzungen bei Bildung gehen weiter

# Geldhahn zu für kritische Studien

von Nora Brandes, SLP-Wien

An der Wiener Studienrichtung „Internationale Entwicklung“ (IE) herrscht Wut. Nachdem alles für das fehlende Masterstudium ausgearbeitet worden war, sagte das Rektorat plötzlich die Finanzierung ab. Eine Katastrophe! StudentInnen müssten in andere Masterstudien ausweichen und die Situation dort weiter verschärfen, viele externe LektorInnen an der IE würden ihre Anstellung verlieren.

### Faule Kompromisse

Bei Verhandlungen mit dem Rektorat war die Studienprogrammleitung beteiligt, Studierende wurden aber nicht eingebunden und „durften“ nur eine Protestpetition übergeben. Der „Lösungsvorschlag“ des Rektorats zielt darauf ab, die Konkurrenz zwischen StudentInnen untereinander und zwischen den Fakultäten um die ohnehin schon zu wenigen Ressourcen weiter zu erhöhen. Die Studienprogrammleitung akzeptiert dieses „Konzept“. Ganz nach

dem Motto: Hauptsache irgendein Master, egal wie mies. Die Jobs der externen LektorInnen sind weiter in Gefahr.

### Die IE ist nur der Anfang

Die Kürzungspläne zeigen, dass trotz Krokodilstränen und Bildungsvolksgerehen munter weiter gespart wird bei der Bildung. Die Ziele sind nicht zufällig. Zuerst werden Studien angegriffen, die ökonomisch schlechter verwertbar sind. Im Visier sind auch kritische Bereiche wie die IE, von der auch schon die unbrennt-Proteste ausgegangen sind. Danach sind die anderen Studienrichtungen dran.

### Die Lehren aus unbrennt ziehen

Auf einer mit ca. 400 StudentInnen gut besuchten HörerInnenversammlung der IE am 18.3. äußerten sich sehr viele skeptisch über die Verhandlungen mit dem Rektorat. Der neue Vorschlag wurde als fauler Kompromiss gesehen. Viele forderten einen großen Aktionstag auf der IE. Doch sie wurde von der

Studienrichtungsvertretung Basisgruppe IE (Bagru IE) ignoriert. Stattdessen schlug sie dezentrale Aktionen vor. Das Beschlussrecht der HörerInnenversammlung wurde nicht genutzt, keine gemeinsame Aktion festgelegt. Es herrscht Planlosigkeit bei der Bagru IE. Doch die Zeit drängt und macht rasches Handeln nötig.

Es zeigen sich hier die Nachwehen der Niederlage von unbrennt. Diese großartige Bewegung ist gescheitert, weil es nicht gelungen ist, die Kämpfe über die Universitäten hinaus zu verbreitern und weil es keine wirklich demokratischen Strukturen gab, sondern unter dem Vorwand der „Basisdemokratie“ die Bewegung lahm gelegt wurde. Nun gibt es wieder Studierende, die sich – völlig zu Recht – gegen neue Kürzungen wehren wollen. Nur wenn die Lehren aus den Fehlern der unbrennt-Bewegung gezogen werden, können künftige Bewegungen erfolgreich sein.

Ein Anfang kann ein eintägiger Streiktag der IE sein, bei dem Lehrende und Studierende gemeinsam nach außen gehen und auf den weiteren Bildungs-

abbau hinweisen. Durch diese und weitere Aktionen könnte Druck auf das Rektorat ausgeübt und die Ausweitung der Proteste auf andere Studienrichtungen, wo es ja ähnliche Probleme und Pläne gibt, vorangetrieben werden. Dezentrale Aktionen sind nett, aber kollektiv beschlossene zentrale Aktionen sind notwendig, um die Ressourcen zu bündeln und gemeinsam stark und sichtbar aufzutreten.

Jetzt neu!



Wessen Bildung? Unsere Bildung?!  
Bildungspolitisches Programm der SLP

48 Seiten, DIN A5, Bestellen auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

# Hey, hier kommt Pavel!

Mit Standortlogik kann die Gewerkschaft in einer globalen Wirtschaft nur verlieren.

Von Alexander Svojtka, SLP-Wien

Nach der EU-Erweiterung 2004 wurde der Teufel an die Wand gemalt: Billigarbeitskräfte aus dem Osten würden zu Hunderttausenden ins Land strömen und die Hiesigen ins Abseits drängen. Polnische Maurer, Schweißer aus der Hohen Tatra und pannonische Eisenbieger wurden zum Albtraum all jener Gewerkschaften, die die Idee des Internationalismus längst über Bord geworfen haben. Denn auch der ÖGB hängt seit Jahrzehnten einer Standortlogik an, die in ihrer "unsere Leute zuerst"-Rhetorik manchmal kaum von FPÖ-Propaganda zu unterscheiden ist. Der Hintergrund ist beim ÖGB (im Gegensatz zur FPÖ) aber kein rassistischer, sondern das Resultat einer Beschränkung auf eine "österreichische Sichtweise". Weil es bei etablierten Parteien und ÖGB einen Konsens dieser nationalistischen Sichtweise gibt, kam es zu einer "Übergangsphase". Der Arbeitsmarkt wurde sieben Jahre gegen ArbeiterInnen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Ungarn abgeschottet. (Merke: Kapital genießt Grenzfürfreiheit, Mensch nicht!) Von Deutschland und Österreich bis zum letzten Tag in Anspruch genommen, läuft diese Frist mit dem 1. Mai endgültig aus.

## Wieder wird Panik geschürt

„NEWS“ (April 2010): „Am Arbeitsmarkt ist bald die Hölle los“. AMS-Vorstand Kopf: „Die Einführung der Mindestsicherung im kommenden Herbst und die Ostöffnung des österreichischen Arbeitsmarkts ab Mai 2011 werden die Arbeitslosenquoten in die Höhe treiben.“ „Der Standard“ (Oktober 2010): „Gewerkschafts-Angst vor der Ostöffnung“. Es passt Regierung und Unterneh-



men gut, wenn sie, die Stellenabbau betreiben, ArbeiterInnen aus Osteuropa für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. 40.000 Industriejobs, die nach Krisenbeginn 2008 gestrichen wurden fehlen nach wie vor. Bund und Länder haben in vielen Bereichen einen "Aufnahmestopp".

## ÖGB vertraut auf zahnloses Gesetz

Mittlerweile war Ex-ÖGB-Chef und nunmehriger Arbeits- und Sozialminister Hundstorfer mit dem Gesetz gegen "Lohn- und Sozialdumping" auf den Plan getreten. Demnach sollen Unternehmen, die unter dem jeweils gültigen Kollektivvertrag bezahlen, eine Verwaltungsstrafe zahlen. Die Strafen beginnen bei mageren 500. Obwohl es Höchststrafen von bis zu 50.000 gibt, werden diese wohl nicht verhängt werden. Denn der Gesetzesentwurf sieht die Möglichkeit einer bloßen „Verwarnung“ vor. Gleißner (Wirtschaftskammer) fordert: „Bei geringem Unrechtsgehalt darf es keine Strafe geben!“

Weil der ÖGB auf die Angst seiner Mitglieder sowie der ArbeiterInnen insgesamt keine kämpferischen Antworten hat, hofft man in der ÖGB-Führung auf das Gesetz. Wie wenig solche Gesetze bringen, ist bekannt: Es ist per Gesetz verboten, Frauen weniger zu bezahlen als Männern...

Schon jetzt können sich ausländische ArbeiterInnen schwer gegen ihre ausbeuterischen Arbeit-„geber“

wehren. Sie sind – v.a. wegen rassistischer Gesetze – besonders erpressbar. Der Tiroler FSGler Leist fordert „die Sicherstellung von personellen Ressourcen der Behörden zur Kontrolle des Gesetzes gegen Lohn- und Sozialdumping.“ Und geht davon aus, dass „die Behörden“ ein Interesse haben, die schwarzen Schafe unter den Unternehmen zu finden. Doch z.B. in der Baubranche ist bekannt, dass es kaum weiße Schafe gibt. Die Behörden sehen in weiten Teilen zu.

Dass es mit der Umsetzung Probleme geben könnte, sehen auch Teile der Gewerkschaft. Das Gesetz werde nicht funktionieren, richteten Bauholz-Chef Holper und sein Vize Mutschisch aus. Ihr Vorschlag: Bund, Länder und Gemeinden sollten ihre Aufträge nur an „unbedenkliche“ Firmen vergeben, die in den letzten drei Jahren „keine Probleme mit der Sozialversicherung“ hatten. Das ignoriert, dass schon jetzt kaum geprüft wird und gerade in Betrieben, wo der Druck besonders hoch ist, sich Beschäftigte oft kaum beschweren können, obwohl die Gesetzesbrüche besonders schlimm sind.

Damit so ein Gesetz Sinn machen kann, muss es von der Gewerkschaft überprüft werden. ÖGB und Fachgewerkschaften müssten regelmäßig und unangemeldet durch die Betriebe gehen, gegebenenfalls Anzeige erstatten und migrantische ArbeiterInnen mit Material in ihren Muttersprachen über ihre Rechte informie-

ren. Es muss sicher gestellt sein, dass KollegInnen aus den EU-Staaten, aber auch aus anderen Ländern, die sich gegen ihre Ausbeutung wehren, keinerlei Nachteile (Abschiebung, Ausweisung etc.) haben, sondern volle rechtliche und soziale Unterstützung in Österreich bekommen.

## Konkurrenz oder KollegInnen?

Zentrales Problem der Gewerkschaftslogik ist, dass ArbeiterInnen aus anderen Ländern als Konkurrenz und nicht als KollegInnen gesehen werden. In den Gewerkschaften gibt es kaum Arbeit für bzw. mit migrantischen KollegInnen. Zusammenarbeit mit Gewerkschaften anderer Länder beschränkt sich v.a. auf die wechselseitige Entsendung von Gästen bei Konferenzen. Manchmal wird auch gemeinsam demonstriert, wenn der Europäische Gewerkschaftsbund dazu aufruft wie am 9. April in Budapest. Aber gemeinsame Kämpfe für höhere Löhne in Ost- und Westeuropa gibt es nicht. Kämpfe gegen die triste Situation in Osteuropa werden vom ÖGB nicht wirklich unterstützt. Im Gegenteil haben sich die österreichischen Gewerkschaften auch schon als internationale Streikbrecher betätigt, z.B. als Dienste von im Ausland bestreikten Unternehmen übernommen wurden (z.B. durch die ÖBB).

Kein Gesetz der Welt wird Menschen davon abhalten zu versuchen, ihre Situation in einem anderen Land zu verbessern, wenn es in ihrer Heimat trist ist. Um Lohndumping und Arbeitslosigkeit zu verhindern braucht es in Österreich, in Osteuropa und ganz Europa einen gemeinsamen und entschlossenen Kampf der Gewerkschaften für einen ordentlichen Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn.



## SPÖ-Skandal: Sozial Global

Wir brauchen demokratische, kämpferische Gewerkschaften und eine neue ArbeiterInnenpartei

Von Christian Bunke, SLP-Wien

Ausgerechnet eine Woche vor der hundertsten Wiederkehr des internationalen Frauentages starteten die SPÖ-Frauen einen schweren Angriff auf die Beschäftigten ihres vereinseigenen Pflegedienstes Sozial Global. 385 PflegerInnen sollten „Änderungskündigungen“ erhalten um drastische Lohnsenkungen zu ermöglichen.

Die Gewerkschaft startete eine Kampagne dagegen, die Unterstützung war groß. Doch dann wurde auf einer gut besuchten öffentlichen Betriebsversammlung vor dem Wiener Rathaus am 7. März der Belegschaft ein Verhandlungsergebnis präsentiert. Demnach verlieren PflegerInnen bis zu 700 Euro im Monat.

Die KollegInnen wurden durch das Abkommen vor vollendete Tatsachen gestellt. Es gab nie eine demokratische Abstimmung über die Einigung. Statt dessen „dürfen“ sich PflegerInnen nun individuell beraten lassen, ob sie unter verschlechterten Bedingungen bei Sozial Global bleiben, oder ob sie aussteigen und somit Erwerbslosigkeit riskieren. Eine Pflegerin erzählte uns: „Hätten wir die Möglichkeit gehabt, viele hätten gegen dieses Abkommen gestimmt.“

## Gewerkschaften dürfen nicht über die Köpfe ihrer Mitglieder entscheiden!

Es müssen endlich Kampfmaßnahmen gegen Kürzungen und Sozialabbau organisiert werden! Die Gewerkschaft VIDA hat eine Chance verspielt. Sie hätte ihren Mitgliedern bei Sozial Global nach den Verhandlungen sagen sollen: „Die Arbeitgeber wollen immer noch bei euch kürzen, trotz unserer Verhandlungen. Jetzt müssen wir eine Kampagne starten. Wir müssen unsere KlientInnen und deren Familien ins Boot holen und ihnen erklären, dass die Kürzungen auch sie betreffen. Wir werden gemeinsame Demonstrationen gegen Sozialabbau machen. Und wir werden Streiks organisieren.“

Statt dessen redete VIDA-Funktionär Thomas Stöger von einem Familienstreit innerhalb der SPÖ. Die SPÖ-Arbeitgeber verhöhnnten die PflegerInnen und erklärten, diese seien mit 1.300 Euro im Monat privilegiert! Daher weht der Wind, nach Sozial Global werden weitere Angriffe kommen. Höchste Zeit für die Gewerkschaft, die Scheidung von der SPÖ einzureichen.

## “Wir wollen endlich einen konsequenten Betriebsrat!”

Interview mit Irene Müller, Mitglied der SLP und neu gewählte Betriebsrätin bei Wohnservice Wien.



Wie kam es zu deiner Kandidatur?

Ich war unzufrieden mit dem damaligen Betriebsrat. Ich hatte das Gefühl wir werden als Belegschaft nicht eingebunden. Informationen, die uns betrafen, wurden nicht oder unzureichend an uns weitergegeben, Vereinbarungen mit den ArbeitgeberInnen hinter dem Rücken der Belegschaft geschlossen. Betriebsversammlungen wurden viel zu kurzfristig angesetzt, sodass letztlich nur wenige KollegInnen teilnehmen konnten. Ich hab zufällig eine Kollegin aus einem anderen Team getroffen und mit ihr darüber gesprochen. Dabei ist recht schnell klar geworden, dass sie die Dinge ähnlich sieht. Wir haben beschlossen uns informell mit einigen KollegInnen zu treffen und zu vernetzen. Wir dachten an eine Art Stammtisch. Kurz vor

dem geplanten Treffen ist die Information zu uns durchgedrungen, dass der Betriebsratsvorsitzende zurücktreten wollte, da er zum Bereichsleiter aufsteigen sollte. Da fassten wir den Beschluss, eine eigene Liste aufzustellen.

Wie viele Leute wart ihr?

Wir waren zu Beginn rund 15 Leute und kaum organisiert. Sobald feststand, dass wir versuchen wollen zu kandidieren, schickten wir eine E-Mail an alle KollegInnen, um diese darüber zu informieren. Darin war eine Einladung an alle, sich zu beteiligen. Das Problem beim Wohnservice ist, dass alle auf unterschiedliche Abteilungen verteilt sind. Viele KollegInnen kennen einander nicht. Darum haben wir schnell Vernetzungstreffen organisiert. Schließlich haben sich bis zu 30 Leute aktiv beteiligt, 10 haben kandi-

diert. Am Ende war die Wahlbeteiligung bei 85%. Wir haben alle fünf Betriebsratssitze gewonnen, obwohl es eine zweite Liste gab.

Mit welchen Forderungen seid ihr in den Betriebsratswahlkampf gegangen?

Wir wollen endlich einen konsequenten Betriebsrat, der die Interessen der Belegschaft wirklich vertritt. Transparenz und Mitbestimmung sind uns sehr wichtig. Wir werden versuchen die KollegInnen immer gut zu informieren, zu aktivieren und einzubinden. Wichtige Entscheidungen sollen von der ganzen Belegschaft demokratisch getroffen werden. Uns ist wichtig, dass die verschiedenen Bereiche im Wohnservice nicht gegeneinander ausgespielt werden, und setzen gemeinsame Solidarität dagegen. Ich persönliche denke

auch, dass Verhandlungen alleine manchmal nicht reichen. Was bei „Sozial Global“ passiert ist, zeigt für mich, dass manchmal Kampfmaßnahmen nötig sind, um die Interessen der Belegschaft zu verteidigen. Natürlich stehen wir auch aktiv gegen Rassismus, Diskriminierung und Mobbing am Arbeitsplatz. Dazu gehört auch unsere Solidarität mit anderen Betrieben, die von Kürzungen und Stellenabbau bedroht sind.

Wie sehen eure nächsten Schritte aus?

Wir werden bald eine erste Betriebsversammlung organisieren. Anfang April ist die konstituierende Sitzung des Betriebsrates. Außerdem soll es monatliche Treffen für alle KollegInnen geben, es sollen alle die Möglichkeit haben sich einzubringen und aktiv zu beteiligen.

# Atomkraft abschalten!

## Atommafia enteignen!

### Kapitalismus abschaffen!

#### Welche globalen Folgen hat die Katastrophe in Japan?

„Die Energieversorgung der Zukunft liegt in der Kernenergie. In zwei Jahrzehnten werden nicht nur Autos, Flugzeuge und Schiffe mit atomaren Generatoren betrieben, sondern die gesamte Stromversorgung eines Landes wird über Kernkraftwerke sichergestellt.“ Das waren die Zukunftsaussichten der Atomindustrie in den 1950/60er Jahren, als die zivile Nutzung begann und in Werbespots der Bevölkerung eine unbegrenzte Energiequelle versprochen wurde. Seither gab es Sellafield, Harrisberg, Tschernobyl, Fukushima und eine lange Kette weiterer Störfälle in AKWs. Eine kritische Auseinandersetzung mit Atomkraft und der Frage von Alternativen von Franz Neuhold, Georg Kumer und Karin Wottawa, SLP-Wien

Derzeit sind weltweit 443 Atomreaktoren in Betrieb, 62 weitere sind im Bau und 158 Anlagen in Planung. Bis 2050 gibt es Pläne zu einer Verdoppelung der Reaktoren. Die Motivation liegt in den der Atomindustrie rauschartige Zustände erzeugenden Gewinnaussichten. Der Reingewinn eines AKWs in Deutschland liegt bei ein bis zwei Million Euro pro Tag. Dem werden alle Sicherheitsbedenken und v.a. die ungelösten Probleme der Endlagerung untergeordnet. Zusätzlich kommt oft die Verquickung von „ziviler“ Nutzung und militärischen Interessen. Es gibt Reaktortypen, die besonders auf die Beschaffung von Material für Kernwaffen ausgerichtet sind. Und quasi als „Atomüllentsorgung“ wurde z.B. Im Irakkrieg sog. „schmutzige“ (strahlende) Munition eingesetzt.

Am Beispiel Atomindustrie zeigt sich deutlich eines der Grundprinzipien des Kapitalismus: Egal, wie viele Menschen dabei sterben könnten oder für wie viele Jahrtausende die Umwelt verseucht wird, die einzige Erwägung, die wirklich zählt, ist der Profit. Die Atomindustrie ist Kapitalismus in reiner Form: die Profite sind Privat - Kosten und Risiko trägt die Gesellschaft.

#### Bis 230 Milliarden Extragewinne

Neben der Öl-Wirtschaft gehört die Atomlobby zu einer der mächtigsten Wirtschaftsgruppen. Sie beeinflussen bzw. kontrollieren politische Entscheidungen. Vor diesem Hintergrund ist auch der „Ausstieg“ aus der Kernenergie durch die deutsche SPD-Grün-Bundesregierung von 2000 zu sehen. Geplant war, die deutschen AKWs über die nächsten zwei Jahrzehnte abzuschalten. Es ging jedoch nie darum, die AKWs so schnell wie möglich vom Netz zu neh-

men. Der Zeitraum wurde so gewählt, dass die Atomwirtschaft ihre Kraftwerke so lange weiter betreiben kann wie diese profitabel sind. Nach einer bestimmten Zeit muss jedes AKW teuer modernisiert und gewartet werden. Die Restlaufzeiten wurden so ausgehandelt, dass die AKWs weiterlaufen, bis diese Investitionen in die Modernisierung nicht weiter aufschickbar sind. Mit dem „Ausstieg aus dem Ausstieg“, der von CDU/FDP 2010 beschlossen wurde, können noch zusätzliche 10 bis 20 Jahre Gewinn gemacht werden. Was das in Zahlen bedeutet, geht aus einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg hervor. Demnach können RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW, die vier Energiemonopolisten, die den deutschen Strommarkt untereinander aufteilen, sich auf zusätzliche 120 bis 230 Milliarden Euro freuen. Da wird schnell klar, warum Bedenken nicht viel zählen. Und so leisten sich die Atomkonzerne eine bunte Riege von bezahlten LobbyistInnen aus allen politischen Lagern, wie auch den ehemaligen Bundeskanzler Wolfgang Schäuble (ÖVP), der auf EU-Ebene einwirken soll. Welch riesiges Reservoir für Korruption sich daraus ergibt, kann mensch sich leicht ausmalen.

#### Das Risiko trägt die Gesellschaft

Was sind die Risiken, die von der Kernenergie ausgehen? Unmittelbar betroffen sind die Menschen, die direkt neben einem AKW leben. Kernkraftwerke produzieren ganz „normal“ radioaktive Emissionen. Im nahen Umkreis von AKWs wird ein erhöhtes Auftreten von Leukämie festgestellt. Viel größere Mengen Radioaktivität werden bei einem Störfall (GAU oder im Extremfall Super-GAU) freigesetzt. Es können riesige Mengen radioaktiv

verseuchtes Material in die Umwelt gelangen und dort mit verheerenden Folgen in die Nahrungskette eingehen. Völlig ungeklärt ist die Frage der Endlagerung des strahlenden Atom Mülls. Und auch Förderung und Transport sind keineswegs risikolos.

Ob die Welt einen ähnlichen Super-GAU wie Tschernobyl in Fukushima erleben wird, steht zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Schon jetzt sind die bekannten Folgen enorm: verstrahltes Trinkwasser, Essen und Meer. Was ein Super-GAU für Folgen hat, hat sich nach dem Unglück von Tschernobyl gezeigt. Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA, in ihrer glänzendsten Rolle als Lobbyinstitution für die Atommafia, spricht von 4.000 Todesfällen. Eine russische Studie, die über 5.000 wissenschaftliche Publikationen zu den Folgen von Tschernobyl ausgewertet hat, kommt zum Ergebnis, dass bis 2004 985.000 Menschen durch die freigesetzte Radioaktivität und ihre Folgewirkungen gestorben sind (Chernobyl: Konsequenzen der Katastrophe for People and the Environment, New York Academy of Science, 2009). Die Gefahr, dass es zu so einer Katastrophe wieder kommen kann, wird von den Konzernen und ihren Regierungen in Kauf genommen.

#### Wirtschaftlicher und politischer Super-GAU als Folge?

Auch wenn fraglich ist, wie viel an der medialen Darstellung der japanischen Bevölkerung dran ist (diszipliniert und stoisch Erdbeben und Regierungskrisen trotzend): die Verhältnisse werden durch die Katastrophe und ihre Folgen durcheinander gewirbelt.

Wirtschaftlich stellen Erdbeben, Tsunami und Atom-Katastrophe ein enormes Risiko für die auf wackeligen Füßen

stehende Weltwirtschaft dar. Die japanische Wirtschaft ist seit rund 20 Jahren nicht aus der Krise gekommen. Der wachsende Druck auf ArbeiterInnen (v.a. die prekär Beschäftigten) hat schon vor dem Erdbeben zum Anwachsen von Unmut geführt. Die Hoffnung, durch den Wiederaufbau einen Boom in Japan zu erzeugen, ist nur eine Seite der Medaille. Dem gegenüber steht die Flucht von japanischem Kapital aus z.B. den USA zurück nach Japan. Das gefährdet nicht nur die Wirtschaft in den USA, sondern führt auch zu einem Höhenflug des japanischen Yen. Das macht japanische Exporte teurer und stellt somit ein Problem für die japanische Wirtschaft dar. Völlig offen sind auch noch die Folgen auf den Immobilien-, Finanz- und Versicherungsmärkten sowie auf den weltweiten Börsen. Der Kurseinbruch an der Tokioter Börse kann möglicherweise dauerhaft an den internationalen Finanzmärkten (nach-)wirken und eine neuerlichen globalen Wirtschaftsabschwung einläuten. Unterm Strich wohl nicht Chance, sondern enormes Risiko für die Weltwirtschaft.

Dramatisch können auch die politischen Folgen sein. Die Anti-AKW-Bewegung hat enormen Rückenwind erhalten. Lobbyisten wie Schäuble stehen unter Beschuss. Die deutsche Regierung muss den Ausstieg vom Ausstieg verkünden. Das Vertrauen in Regierungen und internationale Institutionen wie die IAEA bricht zusammen und wird weiter schrumpfen, wenn neue, bisher geheim gehaltene Folgen der Reaktorkatastrophen bekannt werden. Das bietet die Chance, dass aus dieser Katastrophe auch etwas gutes entsteht – nämlich eine starke Bewegung, die wirkliche Veränderungen bringen kann.



Klimawandel & Atomge

Potentiale sozialistis

In Teilen Japans gibt es täglich mehrere Stunden ein Blackout, der Strom wird abgeschaltet. Die Atomlobby versucht, mit den Black-Outs zu sagen: „Seht her, ohne AKWs geht es nicht“.

#### Schließung aller AKWs weltweit!

PolitikerInnen aller Richtungen – aus v.a. wahltaktischen Überlegungen – gehen auf Distanz zur Atomwirtschaft. Doch von einem echten Ausstieg kann nicht die Rede sein. Bestenfalls wollen sie wie z.B. in Deutschland einige der ältesten Reaktoren vom Netz nehmen. Und dann, nach einiger Zeit, wenn Fukushima aus den Schlagzeilen verschwunden ist, weitermachen wie bisher. Doch wir brauchen einen vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie. Nicht „bald“, „in Zukunft“ oder „später“ - sondern jetzt. Wir wissen, dass ein Abschalten nicht einfach wie bei einem Lichtschalter möglich ist. Doch es geht darum JETZT sofort damit zu beginnen, den Energieverbrauch gesamtgesellschaftlich zu reduzieren, alternative Energieformen auszubauen und mit der Abschaltung zu beginnen. Global werden 14-15 % des Strombedarfes bzw. 5-6 % der Primärenergie durch Kernenergie abgedeckt. Kein unüberwindbares Hindernis.

#### Öffentliches Investitionsprogramm zum Umstieg in Erneuerbare Energie

Der technische Fortschritt und damit einhergehend die Möglichkeiten der Nutzung erneuerbarer Energie spiegeln sich unter kapitalistischem Regime kaum wider. Der Fortbestand der seit den frühen 1970er Jahren störanfälligen und hochgefährlichen Atomkraftwerke ist dafür nur ein Beispiel. Auch andere Energieformen ziehen einen Rattenschwanz an Umweltproblemen mit sich. Klar ist: eine komplett neue Energiepolitik ist notwendig. Wir müssen weg von Atomkraft und fossilen Energieträgern Kohle, Öl & Gas. Fossile Energieträger und AKWs sind übrigens beide CO<sub>2</sub>-Schleudern. Nicht einmal das Argument der Atomlobby, AKWs würden die CO<sub>2</sub>-Bilanz verbessern, stimmt also. Laut dem ehemaligen deutschen Umweltminister und jetzigen SPD Vorsitzenden Gabriel (SPD) kann sogar ein "Blockheizkraftwerk auf Erdgas-Basis mit der CO<sub>2</sub>-Bilanz von Atomstrom locker mithalten".

"Erneuerbare Energie" umfasst mehr als nur Wind- und Wasserkraft. Sowohl Wärme als auch Licht der Sonne kann unmittelbar genutzt werden (thermische Zellen, Photovoltaik), ebenso die Biomasse (v.a. Holz) und in exponierten Gegenden auch Gezeitenkraftwerke. Im Falle Japans könnte eine Regierung, die sich nicht an Profiten orientiert, z.B. die ausgedehnte Nutzung der Erdwärme erwägen (derzeit schändliche 0,3 %).

Aber, so ein Argument der Atom-BefürworterInnen: Unschlagbar sei der Preis für Strom aus AKWs, da Uran als Brennstoff günstig ist. Tatsächlich werden die Strompreise neuer Kernkraftwerke von allen fossilen Energieträgern unterboten. Laut US-Energieministerium sind die Stromerzeugungspreise, bei Betrachtung der Kosten für die gesamte Lebensdauer einer Anlage, sogar für Windenergie niedriger als für Atomstrom. Bereits abgeschriebene (also uralte) AKWs produzieren tatsächlich günstig Strom - isoliert betrachtet. Aber auch dieser Kostenvorteil wird erst durch massive staatliche



## Die Atomindustrie ist Kapitalismus in reiner Form: Die Profite sind privat - Kosten und Risiko trägt die Gesellschaft.

efahr:

## schwerer Energie-Planung

Subventionen möglich. Jede kWh aus einem deutschen AKW wird mit 4,3 Cent subventioniert, Strom aus erneuerbaren Energiequellen lediglich mit 2 Cent.

Die Atomindustrie erhält Unsummen an staatlichen Geldern: hunderte Milliarden an direkten Subventionen, noch viel höhere "versteckte" Förderungen. Zusätzlich gibt es noch die Subvention an große Unternehmen im Allgemeinen, die für ihren hohen Stromverbrauch pro kWh nur die Hälfte des Preises eines durchschnittlichen Verbrauchers zahlen, womit die Bevölkerung das, was sich die Unternehmen ersparen, direkt über ihre Stromrechnung an die Energiekonzerne und die Wirtschaft zahlt. Die Sorge vor höheren Strompreisen ohne Kernenergie ist also ein Argument zum Schutz der Profite. Panik verbreitet die Atommafia auch gegen die Schließung von AKWs mit dem Job-Argument. Ein falsches. Laut den zuständigen deutschen Ministerien arbeiten dort derzeit in der Branche Erneuerbare Energie mindestens 280.000 Menschen. In der gesamten Atomindustrie, die in Deutschland sogar einen höheren Anteil am Energiemix hat, sind es lediglich 30.000 Jobs.

Abgesehen davon, wie „sicher“ vom gesundheitlichem Standpunkt aus ein Job in einem AKW ist, werden durch den Umstieg, der durch ein breit angelegtes öffentliches Investitionsprogramm ermöglicht wird, Jobs geschaffen, nicht vernichtet. Erneuerbare Energieformen sind flexibler und können dezentraler produzieren – und damit besser auf existierende Bedürfnisse reagieren. Technisch wäre eine demokratische Planung der Energiewirtschaft längst möglich. Doch in einem politischen System, in dem VertreterInnen der "Elite" auch finanziell eng mit der Atomwirtschaft verbunden und somit potentiell korrupt sind, kann keine seriöse Abwägung von Sinn und Unsinn diverser Energieformen existieren, die den demokratischen Willen widerspiegelt und die Fortschritte in den Wissenschaften zum Nutzen aller Menschen einbezieht.

**Alle Stromkonzerne in öffentliches Eigentum. Demokratische Kontrolle und Verwaltung der Energiebetriebe durch Belegschaftskomitees, VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung, Umweltschutz- und Verbraucherverbände.**

Die japanische Energiewirtschaft wurde in den 1940ern privatisiert (u.a. um sich kämpferischer Gewerkschaften zu entledigen). Auch in Europa findet seit längerem in diesem Bereich ein Privatisierungsprozess statt. Energiekonzerne haben meist mehrere Standbeine – fossile, atomare und „alternative“ Energieformen finden sich oft innerhalb eines Konzerns. Multis und Riesen wie Siemens haben ihre Finger in den Geldtrögen. Wenn wir eine Energiewirtschaft wollen, die sich am Bedürfnis der Menschen nach Energie UND einer sauberen Umwelt und Zukunft orientiert, dann dürfen wir sie nicht der profitorientierten Privatwirtschaft überlassen. Zu den nötigen rigorosen Umstellungen ist die Vergesellschaftung der betroffenen Konzerne nötig. Doch damit noch nicht genug. Der weltgrößte Erzeuger von Atomstrom, Électricité de France, gehört zu 90% der französischen Republik. Verstaatlichung alleine reicht also noch nicht. Wichtig ist auch die Frage, wer entscheidet. Sind es PolitikerInnen und ManagerInnen, die im Sold der Wirtschaft stehen, wird sich nicht viel ändern. Im Gegenteil, es braucht die volle demokratische Kontrolle und Verwaltung der Betriebe durch Belegschaftskomitees, VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung, Umweltschutz- und Verbraucherverbände. Nur so kann sichergestellt werden, dass wirklich nachhaltig produziert wird und nur so kann auch eine wirklich korrekte Preiskontrolle erfolgen.



**Enteignung der Atomlobby und ihrer Profiteure in Wirtschaft und Politik. Dieses Geld muss für die Opfer und den Umstieg in saubere Energieformen verwendet werden.**

Die Subventionen für die Atomkonzerne betragen in Deutschland von 1950 bis 2010 204 Milliarden Euro. Noch größere Summen flossen in nicht direkt ausgezahlte Fördermittel. Oft werden die Konstruktionskosten von den Investoren auf die Gesellschaft verschoben. Auch die Kosten im Falle eines Unglücks oder der Endlagerung werden von uns bezahlt.

Der geplante Ausbau der Kernenergie bis 2050 wird/würde rund 1000 Milliarden Euro kosten. Die deutschen AKWs werfen pro Tag einen Gewinn von ein bis zwei Millionen Euro ab. Lobbyisten wie Schlüssel verdienen hunderttausende Euro damit, das Risiko klein zu reden.

Sie alle haben schon viel zu lange an uns verdient. Die Atomlobby und ihre Profiteure gehören enteignet. Es ist nicht „ihr“ Geld, sondern sie haben es aus den Steuertöpfen, durch die Stromrechnung und dadurch, dass sie Kosten für ihre Fehler auf uns abgewälzt haben.

Wenn diese gigantischen Summen für eine umwelt- und gesellschaftsverträgliche Stromerzeugung eingesetzt werden, ist ein Umstieg problemlos finanzierbar und die Strompreise würden nicht steigen, sondern sehr wahrscheinlich sinken.

### Ein internationaler sozialistischer Energieplan

Dreh- und Angelpunkt einer sozialistischen Energiepolitik wäre zuerst, alle Einspar-Potenziale auszuloten. Es muss keinen Einbruch im Lebensstandard geben, wenn statt Wegwerfartikeln wirklich langlebige Produkte hergestellt werden und Gebäude z.B. gut gedämmt wären. Das spart riesige Mengen Energie. Auch im Transportsystem stecken gewaltige Möglichkeiten durch den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, Alternativen zum Verbrennungsmotor und die Modernisierung der Eisenbahn. Güter werden gegenwärtig unnötig durch den ganzen Kontinent gekarrt, um Unterschiede im Lohnniveau verschiedener Standorte auszunutzen. Es gibt Berechnungen, dass alleine durch ein vernünftiges Energiemanagement Einsparungen in einem Ausmaß möglich sind, dass allein dadurch der große Teil der Atomkraftwerke ersatzlos (!) gestrichen werden könnte.

Das Einschwören auf eine abgeschottete nationale Energiepolitik, wie es auch rechtsextreme Kräfte (z.B. auch die FPÖ) machen, ist ähnlich sinnvoll wie das Märchen von der sauberen Kernenergie. Weder das Treibhausgas CO2 noch atomare Strahlung akzeptieren politische Grenzen. Die ökologischen Folgekosten der Atomindustrie und das ungelöste Endlagerproblem kommen hinzu. Alle Problemfelder im Bereich Energie können und müssen international gelöst werden. Dies verhindern gegenwärtig Kapital- und nationalstaatliche Interessen. Es braucht daher für eine gänzlich andere Energiewirtschaft als Grundlage eine gänzlich andere Wirtschaft an sich. Nur in einer sozialistischen demokratisch geplanten Wirtschaft ist ein Ausstieg aus gefährlichen Energieformen und eine sichere Zukunft für alle möglich.

## Atomkraft – Nein Danke!

Bei den letzten Castortransporten haben mit 50.000 TeilnehmerInnen so viele wie noch nie demonstriert. Kurz nach Bekanntwerden der atomaren Katastrophe in Japan kam es weltweit zu den ersten Massenprotesten. Sogar die offizielle Politik sah sich genötigt zu reagieren. Auch in Hongkong, den USA und Japan nehmen die Proteste zu. Millionen Menschen waren und sind in der Anti-AKW-Bewegungen aktiv. Und aktuell gibt es die Chance, eine neue Stärke und Bedeutung zu erlangen.

### Bewegung erzwingt Abstimmung & Schließung

Die österreichische Politik war (und ist) nicht so atomkritisch, wie sie sich präsentiert. Die ÖVP ebnete bereits in den 60er Jahren den Weg für Kernenergie und beschloss den Bau des AKW Zwentendorf. Die SPÖ führte das Vorhaben weiter. Vorerst waren drei AKWs geplant (Zwentendorf, St. Pölten und St. Andrä in Kärnten, wo der Standort bis heute für Atomkraft gewidmet ist). Auch nach der Volksabstimmung 1978 und der Verabschiedung des Atomsperrgesetzes versucht die SPÖ 1985 (!) einen weiteren Anlauf Zwentendorf in Betrieb zu nehmen.

Die Anti-Atomkraftbewegung umfasste die verschiedensten politischen Lager. Aktive SPÖlerInnen, die Sozialistische Jugend, Gruppen von Studierenden, KünstlerInnen und SozialistInnen außerhalb der SPÖ kämpften gegen das Atomkraftwerk. Sogar Teile des ÖGB stellten sich gegen die offizielle Gewerkschaftlinie und traten gegen das AKW ein. Doch in der aufkommenden „Öko-Bewegung“ gab es auch rechte, teilweise auch ultra-rechte Strömungen. Umweltschutz ist nicht an sich „links“.

### Protest alleine reicht nicht – Es geht um die Systemfrage

Die Protestformen waren einflussreich und vielfältig: Infotische, Plakataktionen, Demonstrationen und Tonträger waren nur einige der Mittel, um gegen das Kraftwerk zu kämpfen. Insgesamt entwickelte sich mit der erfolgreichen Protestbewegung das Bewusstsein, durch Widerstand politischen Einfluss nehmen und sich der Logik der Herrschenden widersetzen zu können. Erfolgreich war in Österreich auch die Protestbewegung rund um das geplante Kraftwerk Hainburg.

Aus Öko-Bewegungen sind auch politische Parteien hervorgegangen. Organisationen mit Millionen Mitgliedern kämpfen für den Ausstieg aus der Kernenergie. Doch statt weniger, sollen global mehr AKWs gebaut werden. Das zeigt nicht die Nutzlosigkeit, gegen die großen Konzerne zu kämpfen, sondern die Notwendigkeit einer richtigen politischen Herangehensweise und eines entsprechenden Programms.

Denn die Bewegung gegen Zwentendorf kam nur insofern zu ihrem Ziel, als sie die Inbetriebnahme des AKWs verhindert hat. Und doch ist Österreich heute von AKWs umringt und es wird zunehmend Atomstrom „konsumiert“. Der Etappensieg konnte sich nicht ausweiten, weil die Profitlogik der Herrschenden nicht in Frage gestellt wurde.

Die wichtigsten deutschen Gewerkschaften sind gegen Atomenergie. Würden sie zu einem politischen Streik für den Ausstieg aufrufen, würde sich das Kräfteverhältnis stark zu Gunsten der Anti-Atom-Bewegung verschieben.

Die Grenzen der Protestbewegungen lagen und liegen in der Verschränkung mit dem Profitsystem und dem Akzeptieren der Grenzen des Kapitalismus. Durch die Profitlogik hervorgerufene Umweltkatastrophen können aber nur verhindert werden, indem das dahinterliegende System abgeschafft wird. Die „Öko“ bzw. Grün-Parteien, die ihre Wurzeln auch in den Anti-AKW-Protesten hatten, stellen diese Profitlogik nicht in Frage. Der deutsche „Atomaustritt“ unter SPD-Grün war nach den Spielregeln der Atomlobby ausgerichtet. Wie jede Partei, die sich der Reform des Kapitalismus verschrieben hat, landeten sie dort, wo sie begonnen hatten, nur ohne Reformismus.

Eine neue Anti-AKW-Bewegung braucht daher ein klar anti-kapitalistisches Programm. Sie muss internationalistisch auftreten und nationalistische und rechte Kräfte aus ihren Reihen verbannen. Und sie muss Teil der ArbeiterInnenbewegung sein und die Kampfformen der ArbeiterInnenklasse einsetzen, um den Ausstieg aus der Atomenergie und den Umstieg in saubere Energieformen zu ermöglichen.



Nicht schon wieder: Die nächste große Medien-Hetze gegen LehrerInnen.

## Alle Jahre wieder...

Von Samuel Schwaiger  
und Miriam Sabar, SLP-Jugendgruppe

Und erneut heißt es, das Lehrpersonal würde zu wenig arbeiten und nichts tun.

Besonders absurd ist die Beschwerde der „Heute“-Zeitung, dass Gangaufsicht als Arbeitszeit gewertet wird. Abgesehen davon, dass wir keine AufpasserInnen wollen, die uns in den Pausen disziplinieren: Ein leichter Job ist es nicht. Besonders JunglehrerInnen aber auch LehrerInnen benötigen im Allgemeinen für eine Schulstunde ca. zwei Stunden Vorbereitung. Was bringt es uns SchülerInnen, wenn LehrerInnen länger arbeiten?

### Der Bildungsteufelskreis

Sehen wir uns die Misere an: Weil SchülerInnen schlecht abschneiden, sollen LehrerInnen mehr arbeiten. Das führt aber dazu, dass weniger LehrerInnen aufgenommen werden und Verträge nicht verlängert werden. Das bedeutet, dass die LehrerInnen mehr Klassen und mehr SchülerInnen betreuen müssen. Das heißt mehr Schularbeiten, mehr Hausübungen... und noch überarbeitete LehrerInnen. Und wozu führen überarbeitete LehrerInnen? Zu schlechtem Abschneiden der SchülerInnen. Also sollen LehrerInnen mehr arbeiten... Und so schließt sich der Teufelskreis.

Von der ÖVP ist nichts anderes zu erwarten, aber auch die SPÖ steckt da schon lange drin. Während die Angriffe von der SPÖ-„Bildungs“ministerin Schmid angeführt werden, verkündet der SPÖ-Jugendsprecher Christoph Peschek: „Verliert ein Team ständig, wechselt man den Trainer aus“

Schön und gut, aber wieso ein Spiel mit beschissenen Regeln spielen? Wir

wollen nicht weniger LehrerInnen, die mehr arbeiten, sondern mehr LehrerInnen, die kleinere Klassen unterrichten! Wir wollen keine LehrerInnen, die uns autoritär Wissen eintrichtern, sondern die gemeinsam mit uns ohne Leistungsdruck lernen!

### So geht das: Gemeinsamer Widerstand!

Schon 2009 hätte man die Regeln des Spiels ändern können: Die Regierung wollte wie diesmal LehrerInnen länger arbeiten lassen. Damals regte sich aber sowohl von Seiten der LehrerInnen als auch von SchülerInnen Widerstand. Die bürgerliche Presse traute ihren Augen nicht, als im Frühjahr SchülerInnen in Solidarität mit ihren LehrerInnen streikten. An den Solidaritätsstreiks beteiligten sich zuerst wienweit 3.000, dann bundesweit 10.000 und schlussendlich, als mensch den SchülerInnen die schulautonomen Tage streichen wollte, bundesweit 60.000 SchülerInnen.

Auch die LehrerInnen wollten bundesweit streiken. Die Zustimmung für Streiks lag in fast allen Schulen bei über 90%. Es hätte eine Demo in Wien geben sollen, für die auch schon Busse gemietet waren. Im letzten Moment ließ sich die Gewerkschaft jedoch auf einen faulen Kompromiss mit der Regierung ein: Keine Arbeitszeitverlängerung, aber Streichung von Zulagen (z.B. Maturazulage). Das hat gezeigt: Wer nicht streikt, hat schon verloren! Um ein besseres Bildungssystem zu erreichen und die kommenden Angriffe zurück zu weisen brauchen wir ein gemeinsames Auftreten von LehrerInnen und SchülerInnen. Wie wir Widerstand organisieren können und wie Bildung ohne Profite aussehen kann, erfährst du /erfahren Sie in unserem neuen bildungspolitischen Programm!



## Traumhochzeit, Medienhype

# Go, F\*\*\* yourself, your Majesty!

Von Fanny Pleyel  
und Robin Kratz, SLP-Jugendgruppe

Am 29. April soll es soweit sein: Die „Traumhochzeit“ Englands wird stattfinden. Prinz William und seine Freundin Kate Middleton werden heiraten.

Und, wie viel soll der ganze Spaß kosten? Mindestens 2,3 Milliarden Euro! Diese ungeheure Summe fehlt unter anderem im Bildungssystem, bei dem zeitgleich in Britannien einspart werden soll. So wird zum Beispiel die britische Version der Familienbeihilfe ersatzlos gestrichen. Außerdem will die Regierung die Studiengebühren auf 12.000 pro Jahr (!!!) erhöhen. Wir sehen, wofür Geld da ist, und wofür nicht.

### Ausbeutung deluxe

Und wer darf wieder zahlen? Natürlich die SteuerzahlerInnen. Sie dürfen unter anderem für eine gläserne Kutsche, eine großteils vergoldete Limousine und Überstunden für 5.000 PolizistInnen aufkommen. So einen (Medien)Rummel sehen wir nicht zum ersten Mal in Britannien. 1981 hatten Charles und Diana die aufwendigste Hochzeit aller Zeiten. Jetzt versuchen William und Kate das Traumpaar des 21. Jahrhunderts zu werden, und ihre „Vorgänger“ mit dem doppelten Preis zu übertrumpfen.

Diese Kosten wären schon in einer „normalen“ Wirtschaftslage unzumutbar. Diese Hochzeit findet vor dem Hintergrund der (immer noch existierenden) Weltwirtschaftskrise statt. Das Elend, das durch gestiegene Lebens-

mittelpreise in der neokolonialen Welt und durch die Atomkatastrophe in Japan entstanden ist, soll kaschiert werden. Diese Traumhochzeit spielt aber auch in einem Britannien, das von Weltwirtschaftskrise erschüttert ist und in dem die Leute, die nicht adelig bzw. reich sind, für die Krise zahlen müssen.

### Schluss mit den Märchenprinzen!

Wieso herrscht so ein Rummel um den Adel? Warum werden wir noch immer mit Geschichten von tollen Prinzen und schönen Prinzessinnen großgezogen, obwohl Monarchien schon seit Jahrhunderten auf den Misthaufen der Geschichte gehören? Alle wollen/sollen später Prinzessinnen und Prinzen werden, und zwar über den Kindheitstraum hinaus. Damit wird die Existenz einer Gesellschaftsschicht, die in Luxus lebt und für ihren Reichtum nichts tun muss, einzementiert und verherrlicht. Unsere Hoffnungen sollen nicht sein, dieses Ausbeutungsverhältnis abzuschaffen, sondern selbst mal „auf der anderen Seite“ stehen zu dürfen.

Aber britische Jugendliche sehen sich mit einer Welt konfrontiert, die ihnen keine Zauberschlösser und Glaskutschen zu bieten hat. Sie müssen für ihre Zukunft und um Ausbildungsplätze kämpfen. Die Initiative „Youth Fight For Jobs“, initiiert von der Socialist Party (CWI England & Wales) steht an vorderster Front im Kampf gegen die Kürzungen und für eine sichere Zukunft. Eine Zukunft, die sich um uns dreht, und nicht um irgendwelche Blaublüter.

## Die SLP im März: Die ruhigen Zeiten sind vorbei

Von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Die letzten Wochen standen bei der SLP – neben einer Reihe von Aktionen – im Zeichen der politischen Vorbereitung auf die kommenden nationalen und internationalen Bewegungen. Der März begann mit dem „MigrantInnenstreik“. Die SLP war nicht nur bei mehreren Aktionen dabei. Dass wir an diesem Tag knapp 100 Ausgaben des „Vorwärts“ verkauft haben, zeigt auch, dass unsere Ideen auf Interesse stoßen.

### Erfolgreiche Bundeskonferenz

Dann fand die SLP-Bundeskonferenz mit internationalen Gästen und regen Debatten statt. Naor Kapulnik, Sozialist und Gewerkschafter aus Israel/Palästina tourte durch Österreich. Den Anfang machte am 3. 3. eine gemeinsame Veran-

staltung von SLP und ÖH-Salzburg, die mit über 50 Leuten sehr gut besucht war. In Wien gab es am 4. 3. eine Debatte mit Naor und Fritz Edlinger, dem Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen. Und am 7. 3. gab es eine Veranstaltung des Bildungsvereins der KPÖ-Steiermark mit einem Vertreter der ägyptischen Gemeinschaft, einer ORF-Expertin, dem außenpolitischen Sprecher der deutschen Linken Wolfgang Gehrke und Genossen Naor. Die Veranstaltung unterstrich die politischen Veränderungen. Alle TeilnehmerInnen waren sich einig, dass im arabischen Raum eine Periode der Revolution und Konterrevolution bevorsteht. Nur über den Charakter der Revolution gab es naturgemäß unterschiedliche Meinungen. Die Bundeskonferenz der SLP selbst war gut besucht. Zwei neue Mitglieder traten der SLP auf

der Konferenz bei. Neben Naor konnten wir auch eine Genossin des Internationalen Sekretariats des CWI und einen Genossen aus Ungarn begrüßen. Nach einer intensiven und solidarischen Debatte beschlossen wir u. a. das bildungspolitische Programm der SLP.

### Demo, Demos, Demos

Die SLP beteiligte sich an der Demonstration am Frauentag selbst. Wir veröffentlichte eine CWI-Broschüre anlässlich des 100. Frauentages und beteiligten uns mit einem sehr lebendigen Block an der Demonstration „20.000 Frauen“ am 19.3. Auch hier reges Interesse an unserer Zeitung – rund 100 Ausgaben wurden verkauft.

In der Steiermark beteiligten wir uns am 25. 3. mit einem starken Block an der Demonstration gegen das steirische

Sparpaket. Und in Wien organisierten wir eine Reihe von Anti-AKW-Aktionen und gaben binnen kürzester Zeit eine Sondernummer zum Thema heraus.

### Auch der Kampf gegen die staatliche Repression geht weiter

Zahlreiche Mitglieder der SLP haben Strafverfügungen wegen ihrer Teilnahme an der Anti-WKR-Demo bekommen. Natürlich werden wir diese politisch und juristisch bekämpfen! Dazu brauchen wir Deine Solidarität! Mach mit bei der Kampagne zur Verhinderung des WKR 2012. Außerdem ersuchen wir alle UnterstützerInnen für die Kampagne zu spenden.

Spenden bitte an:  
PSK 8812.733  
Kennwort: Antirepression2011

## DIE SLP-TREFFPUNKTE

### GMUNDEN

jeweils Freitag, 17.00 Uhr,  
„Wiener Café“, Esplanade Gmunden

### GRAZ

jeweils Mittwoch, 18.00 Uhr,  
„Stockwerk“, Jakominiplatz 18

### LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

### SALZBURG-STADT

jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,  
„Shakespeare“, Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

### WIEN

SLP-SchülerInnen-Gruppe  
Jeden Montag um 18.30  
„Amerlinghaus“  
7.; Stiftg.8

### SLP-Ortsgruppe

Jeden Mittwoch um 19.00  
„Pizzeria La Piazza“  
20.; Gaussplatz 7

### SLP-Ortsgruppe

Jeden Donnerstag um 19.30  
„Spielbar“  
8.; Ledererg. 26

### SLP-Ortsgruppe

Jeden Donnerstag um 19.00  
„Gasthaus Zypressen“  
7.; Westbahnstr./Kaiserstr.

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?  
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles  
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

## Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort  
„Abo“ nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen  
ohne eigenes Einkommen  
EUR 10,00

\* Normalpreis  
EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

ALLES  
INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.  
Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. Einfach einzahlen auf

PSK 8812.733



## Neues aus dem CWI

Von Laura Rafetseder,  
SLP-Wien

### Wahlen boykottieren

**KASACHSTAN:** In der arabischen Welt wackelt ein Regime nach dem anderen – aber auch das Regime in Kasachstan hat Angst vor einer Oppositionsbewegung. In Kasachstan ist das CWI führender Teil von „Kasachstan 2012“ – der Opposition gegen das Regime von Nazarbayev. Immer wieder werden CWI-Mitglieder und AktivistInnen vom Regime ins Gefängnis gesteckt – jüngst Ukteshbayev, führender Aktivist bei „Kasachstan 2012“, im Zuge einer Anti-Regierungsdemonstration. Aus Angst vor einer Niederlage hat Nazarbayev die Wahlen auf April vorverlegt, um zu verhindern, dass die Opposition genug Zeit hat um die nötigen Unterschriften für ein Antreten aufzubringen. Aufgrund der kurzen Zeitspanne und der bürokratischen Hürden gibt es keine OppositionskandidatInnen die bei der Wahl antreten könnten. Das CWI und Kasachstan 2012 rufen daher zu einem Boykott der Wahlen und für echte demokratische Wahlen 2012 auf, verbunden mit einer Welle von Protesten in einer Reihe von Städten.

### Fight the Cut-backs!

**BRITANNIEN:** Die Socialist Party in England & Wales, die englische Schwesterpartei der SLP, ist Teil der Kampagne gegen die Kürzungen der „ConDem“-Regierung. Das Kürzungspaket enthält drakonische Sparmaßnahmen, die v.a. in den Kommunen auch von New Labour umgesetzt werden. Die SP war nicht nur Teil der Anti-Kürzungs-Demonstrationen, sie hat auch lokale Anti-Kürzungskomitees mitinitiiert und war führend an einer Anti-Cuts-Konferenz beteiligt, auf der Strategien und nächste Schritte der Anti-Kürzungsbewegung diskutiert wurden. Ein Streitpunkt dabei war, ob Labour-Abgeordnete ein Teil der Bewegung sein sollten. Die Socialist Party argumentiert, dass man Labour zwar in die Pflicht nehmen sollte, aber ohne jede Illusionen, da sich gerade in den Kommunen zeige, auf welcher Seite Labour steht. Bei den Lokalwahlen Anfang Mai wird die Socialist Party als Teil der Trade Union and Socialist Coalition KandidatInnen stellen, die konsequent gegen Kürzungen stehen – ein wichtiger Schritt in Richtung einer linken Alternative zur Labour-Sachzwangspolitik. Gleichzeitig ist eine zentrale Forderung der Socialist Party auf der Gewerkschaftsdemonstration am 26. März, Druck in Richtung eines Streiktags im öffentlichen Dienst aufzubauen.

## Radikale Klassenkämpfe in den USA

# Aufstand in Wisconsin

Von Flo Klabacher, SLP-Linz

Über die USA rollt eine Welle von Angriffen gegen die Gewerkschaftsbewegung. In 18 Bundesstaaten planen die Regierungen Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte im Öffentlichen Dienst. In Wisconsin wurden am 10. Februar Pläne bekanntgegeben, die im Öffentlichen Dienst Kollektivverträge praktisch abschaffen und den Gewerkschaften die kollektive Verhandlung von Arbeitsbedingungen verbieten. Die republikanische Regierung unter Gouverneur Scott Walker wollte die Gesetze schnell durchpeitschen, und war – nachdem einige GewerkschaftsführerInnen bereit waren, die Forderungen zu akzeptieren – nicht auf viel Widerstand gefasst. Um die Budgetlöcher, die u.a. durch milliardenschwere Hilfe für Banken & Großkonzerne während der Weltwirtschaftskrise entstanden, zu stopfen sollen jetzt ArbeiterInnen zahlreiche Kürzungen in Kauf nehmen.

In kurzer Zeit formierte sich jedoch die bisher größte Protestbewegung in Wisconsin & der Hauptstadt Madison. Die Bilder von den Demonstrationen & Protestaktionen erinnern an die Ereignisse in Nordafrika und viele der AktivistInnen zeigten ihre Solidarität mit den Aufständen dort mit Schildern & Transparenten. Für 15. und 16. März hatten die Gewerkschaften einige Kundgebungen in Madison geplant. Die Dynamik bekam die Bewegung aber, als Jugendliche über Facebook begannen, Schulstreiks und Demonstrationen zu organisieren. So gingen



am 15. März u.a. die über 1.000 SchülerInnen der Madison East High School auf die Straße. Neben vielen Jugendlichen beteiligten sich v.a. ArbeiterInnen aus öffentlichem & privatem Bereich an den Protesten.

### Wall Street ist verantwortlich! Keine Zugeständnisse!

Eine Medienkampagne, die von PolitikerInnen der Tea-Party bis zu „linken“ DemokratInnen unterstützt wurde, zeichnete im Vorfeld der Angriffe in der ganzen USA ein Bild von gierigen & überbezahlten Angestellten im öffentlichen Dienst. Ziel war es, die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen. Gefordert wurden Kürzungen bei Löhnen, Pensionen & Leistungen im öffentlichen Dienst & eine Schwä-

chung der Gewerkschaften, die einen hohen Organisationsgrad haben (36% im Vergleich zu 7% im privaten Bereich). Hinter den Angriffen steckt nicht nur das Budgetloch, sondern auch der Versuch, die Organisationen der ArbeiterInnen zu schwächen, um künftig noch härtere Angriffe durch zu kriegen.

In Madison und Milwaukee gibt es seit 15. Februar täglich Massenaktionen mit bis zu 100.000 Beteiligten, um diese Gesetzespläne zu verhindern. Am zweiten Protesttag besetzten bereits 30.000 DemonstrantInnen das Parlament in Madison, der Schulbetrieb wurde aufgrund von Massenkrankmeldungen von LehrerInnen und SchülerInnenstreiks eingestellt. Aus ganz Wisconsin fuhren Gewerkschaftsbusse zur Demo in die Haupt-

stadt. In den ganzen USA fanden Solidaritätsaktionen statt.

Unter dem Druck der schnell wachsenden Proteste verließen 14 demokratische SenatorInnen den Bundesstaat, um eine gültige Abstimmung zu verhindern. Dadurch hat die Bewegung zwar Zeit gewonnen. Die Gewerkschaftsführung, die zum Teil schon vor Beginn der Proteste Verschlechterungen akzeptiert hat, nutzte diese Zeit aber vor allem, um Werbung für die DemokratInnen zu machen. Die Rolle der 14 „geflüchteten“ Abgeordneten wurde hoch stilisiert und es wurde gegen radikalere Aktionsformen wie Streiks argumentiert.

### So wurde der Bewegung Schwung genommen.

Walker hat die erste Protestwelle auslösen können. Das Gesetz wurde dann illegal in einer Nacht- & Nebelaktion beschlossen. Das führte zur bisher größten Demonstration in Madison, an der bis zu 200.000 AktivistInnen teilnahmen. Socialist Alternative, die US-Schwesterorganisation der SLP, fordert seit Beginn der Proteste einen eintägigen Generalstreik im öffentlichen Dienst. Das würde den ganzen Staat lahmlegen & damit die Regierung wirklich unter Druck setzen. Solange die ArbeiterInnen ihre ökonomischen Waffen nicht einsetzen, kann die Walker-Regierung die Proteste aussitzen. Dasselbe hatte Mubarak in Ägypten vor, erst als die ArbeiterInnen zwei Tage lang Streiks organisierten musste der Diktator das Feld räumen.

Vor 50 Jahren versuchte die USA durch die Intervention in der Schweinebucht Kubas Experiment militärisch zu beenden

## Geht Kuba den „chinesischen Weg“?

Von Lukas Kastner, SLP-Salzburg

Im Jahr 1959 erlangte die Guerillabewegung „26. Juli“ unter Fidel Castro den Sieg über die verhasste Batista-Diktatur. Obwohl die Bewegung zunächst nur eine bürgerliche Demokratie wollte, war dies ein Schock für den US-Imperialismus, der um die Grundstücke und Profite bangte. Was folgte waren wirtschaftliche Sanktionen und eine Handelsblockade, die bis heute andauert. Durch die Auseinandersetzung mit den USA und den Druck der Massen wurde das Castro-Regime immer mehr nach links gedrängt. Es kam zu enormen sozialen Verbesserungen: Der Analphabetismus wurde innerhalb weniger Jahre weitgehend beseitigt, es wurde ein Schulbesuch für alle ermöglicht. Auch wurde eines der weltweit besten Gesundheitssysteme errichtet, und dieses ist gratis und jedem zugänglich. Die Lebenserwartung liegt heute bei 77,5 Jahren. Durch Enteignungen, Wirtschaftsplanung und andere Maßnahmen fand ein Bruch mit dem Kapitalismus statt. Doch die Bewegung hatte bürgerliche Wurzeln und setzte auf eine Guerillataktik, anstatt auf Massenbewegungen. Che Guevara mit seiner sozialistischen und internationalistischen Perspektive war in der Minderheit. Das Regime orientierte sich nicht an anderen Klassenkämpfen, sondern an der Sowjetunion mit seinem bürokratisch-stalinistischen System. In Folge wurde Kuba zu einem militärischen Stützpunkt und



Zuckerlieferanten für die Sowjetunion und war immer von dieser abhängig.

### Kapitalistische Restauration

Kuba ist das beste Beispiel dafür, dass der „Sozialismus in einem Land“ nicht funktionieren kann, sondern dass er international und demokratisch sein muss. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stürzte Kuba in ein wirtschaftliches Debakel. 1990/91 machte der Handel mit der Sowjetunion noch 85% der gesamten Exporte aus. Danach fielen die Zuckerexporte um 70%. Dies veranlasste Castro, ausländisches Privatkapital zu legalisieren. 1993 wurde die Wirtschaft für Tochterunternehmen meist ausländischer Firmen geöffnet. Es kam zwar zu einer gewissen ökonomischen Stabilisierung, aber der Lebensstandard der KubanerInnen erreichte nie mehr das Niveau von vor

1990. Und aufgrund seiner Abhängigkeit vom Weltmarkt wurde Kuba von der Wirtschaftskrise besonders stark getroffen. 2008 musste das Land bei seinen Gläubigern Konkurs anmelden.

### Demokratie statt Kürzungen

Darauf folgen nun weitere Angriffe auf die Errungenschaften der Revolution von 1959. Die Regierung um Raul Castro plant, kurzfristig 500.000 Stellen im Öffentlichen Dienst zu streichen. Weitere 500.000 sollen folgen und außerdem die Arbeitslosenunterstützung gekürzt werden. In Verbindung mit der Erleichterung der Gründung von Kleinunternehmen bleibt den Entlassenen eigentlich nur der Weg sich als Klein-„Kapitalist“ durchzuschlagen. Die aktuell in der Bürokratie diskutierten Schritte bedeuten noch keine abgeschlossene Restaura-

tion des Kapitalismus in Kuba, aber stellen doch Schritte in diese Richtung dar. Teile der kubanischen Führung hoffen, durch einen „chinesische Weg“ an der Macht bleiben zu können.

Klar ist, dass diese Maßnahmen ebenso wie eine kapitalistische Restauration eine massive Verschlechterung für die kubanische Bevölkerung bedeuten. Ausländische Unternehmen und ExilkubanerInnen sind nicht an einem demokratischen oder sozial gerechten Kuba interessiert, sondern nur an dessen Agrarland und billigen Arbeitskräften.

Was Kuba braucht sind keine Multi-millionärInnen aus dem Ausland, sondern ist eine echte sozialistische Demokratie. Wie schon in den 1960er Jahren fehlt der Bürokratie auch heute eine internationalistische Perspektive. Die Bündnispartner zur Verteidigung der Errungenschaften der kubanischen Revolution sind die ArbeiterInnen und die revolutionären Bewegungen in Amerika und anderen Teilen der Welt. Die Verteidigung der kubanischen Revolution braucht auch Proteste gegen die Versuche des Regimes, diese auszuverkaufen. Eine echte Alternative zu Castro und seinen Reformen ist verbunden mit dem Widerstand gegen die Entlassungen und die Kürzungen sowie für die demokratischen Rechte der ArbeiterInnenklasse. Kuba braucht weder Castro noch Kapitalismus, sondern eine demokratisch geplante Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

# VORWÄRTS

## sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 197

April 2011

Rassismus  
schafft keine Jobs!  
Geld für Soziales  
statt für Banken!



# WELT IN AUFRUHR!

Von Sebastian Kugler, SLP-Jugendgruppe

Die ganze Welt verfolgt die Ereignisse in der arabischen Welt. Dort gibt es kaum eine Regierung, die nicht zittern muss, vom oft jahrzehntelang aufgestauten Zorn von Jugendlichen und ArbeiterInnen weg gespült zu werden. Tunesien und Ägypten machten den Anfang. Doch die Liste der Länder, die ihrem Beispiel folgen wollen, ist lang: In Bahrain, Jemen, Oman, Libyen, Irak, Iran, Marokko, Algerien, Syrien usw. kam es bisher zu Protesten und Aufständen. Die blutige Repression vieler Regimes hat die ArbeiterInnen und Jugendlichen im arabischen Raum bis jetzt kaum aufhalten können. Zu groß ist das Verlangen nach Freiheit, Demokratie, Bildung und Arbeitsplätzen – nach einer menschenwürdigen Zukunft.

### Revolution? Machbar!

Vor allem eines ist der Welt in Ägypten und Tunesien vor Augen geführt worden. Revolution – Das ist kein verstaubter Absatz in Geschichtsbüchern und kein utopischer Wunschtraum linker TräumerInnen. Revolution – Das ist der Motor der Geschichte, und der beginnt wieder zu rattern. Wer könnte nach den Ereignissen im Nahen und Mittleren Osten noch behaupten, Revolutionen seien „unmöglich“ oder „Hirngespinnste“? Und wer kann nach der Erfahrung mit

der brutalen Unterdrückung durch Regimes noch ernsthaft meinen, dass Revolutionen „blutrünstig“ seien?

Die Bewegungen haben bereits viele Verbesserungen erkämpft. So erhöhte der Sultan von Oman die Arbeitslosenunterstützung auf 400\$, während der saudische König 36 Milliarden Dollar in Wohnen, Arbeitslosenunterstützung und Lohnerhöhungen stecken will. Die Regimes machen weitreichende Zugeständnisse, um die eigene Haut zu retten. Doch in Tunesien und Ägypten hat sich gezeigt, dass diese Taktik nicht aufgeht: Die Bewegungen haben an Mut und Stärke dazugewonnen. Das alles zeigt, dass die Reformen Nebenprodukte der Revolution sind. Wollen die Verbesserungen beibehalten und ausgebaut werden, braucht es aber einen Sturz der Regimes und der herrschenden Wirtschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Und es braucht eine Regierung unter Kontrolle der ArbeiterInnen und der Jugendlichen die Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch verwalten. Sonst kann es passieren, dass Kräfte wie das Militär die Revolution vereinnahmen und ein Regime nach ihren Vorstellungen einsetzen.

### Demokratie wird nicht importiert, sondern erkämpft!

Ständig wird uns von rechter Seite oder von bürgerlichen Medien weisgemacht, AraberIn-

nen seien ungebildete „Kameltreiber“ bzw. „Hinterwälder“ oder religiöse FanatikerInnen, die von Demokratie und Kultur nichts wissen wollen. Es wird sogar gewarnt, sie würden „unsere Kultur“ von Demokratie und Freiheit unterwandern. Doch den selbsternannten VerteidigerInnen der „abendländischen Kultur“ wird von den arabischen Revolutionen der Mund gestopft: Sind es doch genau diese Menschen, die sich nun von den Ketten der Diktaturen befreien und für Demokratie und Freiheit kämpfen, während westliche Regierungen den Despoten die Stange halten. Und haben doch gerade die rechten Hetzer von FPÖ und BZÖ gute Verbindungen zu jenen Diktaturen, die gerade gestürzt werden.

Die erfolglosen Kriege auf der einen Seite (Bsp. Irak, Afghanistan) und die Revolutionen auf der anderen haben es gezeigt: Demokratie wird nicht durch westliche Interventionen „importiert“, sondern von den Menschen selbst erkämpft! Das ist auch der Grund, warum die Intervention des Westens in Libyen nicht der Sache der Revolution dienen wird. Den an dem Angriff beteiligten Mächten geht es nicht um Menschenrechte. Eine „Intervention“, die tatsächlich den libyschen Massen helfen würde, wäre z.B. der gewerkschaftliche Boykott des Exports von libyschem Öl oder das Einfrieren der Konten des Gaddafi-Regimes durch Bankangestellte.

### Lernen wir von den arabischen ArbeiterInnen und Jugendlichen!

Die Bewegungen im arabischen Raum können große Siege erzielen, wenn sie sich in demokratischen Gewerkschaften und neuen politischen Parteien der ArbeiterInnen und der Jugend formieren. Die arabischen Revolutionen motivieren Menschen in allen Teilen der Welt, gegen die Krise des Kapitalismus zu kämpfen. Ägyptische GewerkschafterInnen solidarisierten sich bereits mit den DemonstrantInnen in Wisconsin, USA. Zeit, dass jede Stadt ihren Tahrir-Platz bekommt!

Wenn wir mit Sympathie auf die Bewegungen im arabischen Raum sehen, dürfen wir nicht vergessen, dass mitten unter uns viele Menschen aus gerade diesen Ländern leben. Oder aus der Türkei, wo vor einem Jahr einer der größten Arbeitskämpfe der letzten Jahrzehnte bei Tekel stattfand. Sie sind nicht primär „AusländerInnen“, sondern MitschülerInnen und KollegInnen. Sie sind unverzichtbare MitstreiterInnen im Kampf für soziale Verbesserungen! Wir haben die selben Interessen: Einen sicheren Job, gute Bildung und gesicherte Wohnsituation. Der ÖGB hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Es ist seine Aufgabe, die neu entstehenden freien Gewerkschaften in der arabischen Welt zu unterstützen und migrantische und inländische ArbeiterInnen hier gemeinsam für gemeinsame Kämpfe zu organisieren.

### Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

sternenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)